

# Neuer Vertrag läuft bis 2016

*Von unserer Mitarbeiterin  
Marianne Lothar*

**Weingarten.** Weingartens Bürgermeister Eric Bänziger hat mit der EnBW einen Stromlieferungsvertrag ausgehandelt, der den Grundpreis auf den Stand des Jahres 2008 festlegt. Dieser Vertrag hat Gültigkeit bis Ende 2014. Nun kam der Stromversorger von sich aus auf die Gemeinde zu und bot an, diesen Vertrag bereits jetzt um zwei Jahre zu verlängern. Damit sind zwar die ständig steigenden Abgabewerte zur Gegenfinanzierung der Energiewende nicht ausgeglichen, aber der Endpreis doch erheblich abgemildert. Somit liege Weingarten noch unter den durch eine Bündelausschreibung erzielten Preise, berichtete Bürgermeister Bänziger dem Gemeinderat.

Monika Lauber (Grüne) schlug vor, zehn Prozent der Bezugsmenge heraus-

---

## Stromversorgung ist Thema im Gemeinderat

---

zunehmen und unter den Anbietern von Ökostrom auszuschreiben. In der darauffolgenden Diskussion fand sie Unterstützung durch Timo Martin (WBB). Gerald Lopp (CDU) würde „mit dem Haushalt im Hinterkopf“ ihrem Vorschlag nur zustimmen, wenn der Ökostrom billiger sei als das Angebot der EnBW. Auch Wolfgang Wehowsky (SPD) hatte „die betriebswirtschaftliche Seite im Blick“. Fritz Küntzle (CDU) dagegen meinte, es sei durchaus möglich, einen Ökostromlieferanten zu finden, der billiger sei als das vorliegende Angebot.

Klaus Holzmüller (FDP) meinte, mit einer Ausschreibung sei noch nichts vergeben. Bänziger errechnete, es handle sich bei zehn Prozent der Stromkosten um einen Betrag von rund 25 000 Euro. Sechs Räte stimmten grundsätzlich für den Antrag, die Mehrheit dagegen. Der Vorschlag, das Angebot der EnBW bis 2016 anzunehmen, fand Zustimmung bei drei Enthaltungen.

Ähnlich verhielt es sich mit dem Vertrag zwischen der Gemeinde und dem Gaslieferanten Erdgas Südwest. Auch dieser legte ein Angebot bis 2016 vor, das wesentlich günstigere Konditionen als die vorigen Verträge beinhaltet. Monika Lauber monierte in einer persönlichen Erklärung, dass kein echter Wettbewerb stattgefunden habe, der Vorschlag der Verwaltung fand jedoch mehrheitliche Zustimmung.